



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 19.09.2025 bis 26.09.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Aserbaidshon: Der Staat bestimmt, wer sich wo zum Gottesdienst versammeln darf	3
Benin: Das Dorf wurde am 10. September überfallen	5
Bulgarien: Dienst an der türkischsprachigen Minderheit	6
Deutschland: Berlin-4.000 Menschen beim „Marsch für das Leben“	7
Deutschland: Die Täufer haben „große Ideen in die Welt gebracht“	8
Deutschland: Pfingstler sind erstmals größte Freikirche in Deutschland	9
Deutschland: Proteste gegen den „Marsch für das Leben“ angekündigt	10
Indien: „Verstoß gegen die Ethik“	11
Indonesien: Beamte und Muslime stoppen Kirchenbau in Indonesien	13
Israel: Anschlag statt humanitärer Hilfe	15
Israel: Vor dem jüdischen Neujahr	16
Jordanien: Wie geht es den Christen im Land?	17
Kambodscha: Bibelgesellschaft kämpft für Alphabetisierung	18
Kosovo: Ein mutiger Schritt	19
Kuba: Das Castro-Regime hat dem kubanischen Volk ein Martyrium auferlegt	20
Moldawien: Die Verwundbarkeit Moldawiens	22
Mosambik: Cabo Delgado-Erneut Angst und Schrecken unter der Bevölkerung	23
Myanmar: Bischof zur Lage in Rakhine	24
Nigeria: Katholischer Priester getötet	25
Nigeria: Zwei Entführungen	26
Pakistan: Christ erschossen	27
Pakistan: Mordversuch an einem presbyterianischen Pastor	28
Russland: Aus dem Dienst eines Pastors	29
Sudan: Zwölf Millionen Vertriebene	30
USA: Trauerfeier für Charlie Kirk	31
Vietnam: Behörden schikanieren weiterhin Hauskirchen	33
Weltweit: 41.000 Angriffe auf Bildungseinrichtungen im Jahr 2024	34
Zentralasien: Strafe für Evangelisation	35

Aserbaidshan: Der Staat bestimmt, wer sich wo zum Gottesdienst versammeln darf

AKREF-A/F18/25.09.25 - Die Friedenskirche, eine protestantische Kirche in Sumgait, nördlich der Hauptstadt Baku hat im April dieses Jahres einen Antrag auf Registrierung beim Staatlichen Komitee für die Arbeit mit Religiösen Organisationen eingebracht. Fünf Monate danach hat das Staatliche Komitee noch nicht auf den Registrierungsantrag reagiert und auch nicht auf etwaige Mängel im Antrag hingewiesen. Am 7. Juli wurde Pastor Schahin in das regionale Büro des Staatlichen Komitees in Sumgait vorgeladen. Dort wurde ihm gesagt, dass es verboten ist, religiöse Zeremonien ohne Registrierung abzuhalten. Auf die Frage nach der Anzahl der Mitglieder erklärte der Pastor, dass die Friedenskirche 70 – 80 Mitglieder hat. Daraufhin reagierten die Beamten mit Zorn: „Sie halten geheime Versammlungen ab und versammeln Menschen“, erklärten die Beamten. Der Pastor wies dies zurück mit den Worten „Unsere Versammlungen waren immer öffentlich und transparent.“ Ein Beamter erklärte: „Wenn Sie nicht auf diese Warnung hören und eine Zeremonie abhalten, werden Sie bestraft.“

Den Verantwortlichen der Kirche ist daher nicht bekannt, ob das Staatliche Komitee irgendwelche rechtlichen oder Verfahrensmängel im Antrag gefunden hat. „Daher wissen wir nicht, ob unsere Dokumente in Ordnung sind. Das Staatliche Komitee hat anscheinend unsere Dokumente nicht einmal überprüft.“

„Wir werden an der Ausübung unseres verfassungsmäßigen Rechts, uns friedlich zur Ausübung unseres Glaubens zu versammeln, gehindert. Die fehlende Klarheit und unbestimmte Wartezeit bedeuten exzessiven Druck für unsere Kirche und stellen eine potentielle Verletzung unserer Rechte dar.“

Einige Kirchen und christliche Gemeinden warten seit Jahren auf die Registrierung durch das Staatliche Komitee für die Arbeit mit Religiösen Organisationen. Vertreter der Gemeinschaft in Sumgait merkten an, dass das Staatliche Komitee keine Kirchen oder Gemeinden mehr registriert: „Es gibt Gemeinden, die schon seit Jahren auf die Registrierung warten. Es ist höchst wahrscheinlich, dass es auch ihnen so ergehen wird wie uns“. „Die Friedenskirche von Sumgait ist eine von mindestens fünf protestantischen Gemeinschaften, die Registrierungsanträge beim Staatlichen Komitee eingebracht haben“, erklärte der Rechtsanwalt und Menschenrechtsverteidiger Murad Aliyev gegenüber Forum 18. „Einige von ihnen warten schon seit mehr als zwei Jahren.“ Das Staatliche Komitee reagiert routinemäßig nicht auf Registrierungsanträge von ihm nicht genehmen Gemeinschaften, d.h. die Anträge werden weder angenommen noch abgelehnt. „Das macht es diesen Gemeinschaften sehr schwer, die Nichtregistrierung vor Gericht anzufechten, da sie nichts für eine Anfechtung in der Hand haben,“ erklärte Aliyev.

Nach dem geltenden Religionsgesetz ist jede gemeinsame Religions- bzw. Glaubensausübung durch eine Gruppe illegal, so lange sie keine staatliche Registrierung und damit die Erlaubnis zu existieren, erlangt hat. Für einen Registrierungsantrag sind mindestens 50 erwachsene Gründungsmitglieder erforderlich. Alle Gründungsmitglieder müssen gleichzeitig vor einem Notar erscheinen, wobei die Überprüfung der Identität jedes einzelnen Gründungsmitglieds insgesamt einige Stunden in Anspruch nehmen kann. Die Notariatskanzleien sind oft sehr klein. Durch die Anforderung, 50 Gründungsmitglieder zu stellen, sind alle kleinen Gemeinschaften automatisch ausgeschlossen. Viele Personen weigern sich auch aus Furcht vor Belästigungen und Repressalien seitens der Behörden, Registrierungsanträge zu unterschreiben.

Auch Muslime sind betroffen. Seit Dezember 2020 hat das Staatliche Komitee nur eine einzige muslimische Gemeinschaft registriert. Muslimische Gemeinschaften müssen der vom Staat kontrollierten Zentralorganisation der kaukasischen Muslime angehören.

Alle Versuche der Zeugen Jehovas, eine landesweite Organisation registrieren zu lassen, sind bisher gescheitert. Lediglich die lokale Gemeinschaft in Baku wurde registriert.

Nicht registrierte Gemeinschaften sind häufig Ziel von Razzien. „Wenn eine Religionsgemeinschaft beginnt, sich zum Gottesdienst zu versammeln, kommt immer die Polizei“, erklärte ein Protestant gegenüber Forum 18. „Die Beamten wissen, wo sich die Gläubigen versammeln. Wenn Menschen irgendwo aus welchem Grund auch immer zusammenkommen, rufen die Leute die Polizei, selbst wenn man zehn Gäste im Haus hat.“ Am 19. Juni verhängte das Stadtgericht von Nachitschewan eine Geldstrafe von je 1.500 Manat gegen fünf Protestanten, die „illegale religiöse Versammlungen“ in einer Privatwohnung abgehalten hatten. Die Höhe der Geldstrafe entspricht drei Monatsgehältern in Nachitschewan bzw. zwei Gehältern in der Hauptstadt Baku.

„Die Lage der Religionsfreiheit in Aserbaidschan hat sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert“, erklärte ein Leiter einer nicht-muslimischen Gemeinschaft gegenüber Forum 18. „Ein Land, das offiziell die Werte Multikulturalität und Toleranz fördert, hat in der letzten Zeit im Widerspruch zu diesen Werten gehandelt“.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 19. September 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Benin: Das Dorf wurde am 10. September überfallen

Bischof von N'Dali feiert Gottesdienst in Kalalé

Cotonou (Fides) – „Die Geiseln befinden sich noch immer in den Händen der Dschihadisten“, beklagt Bischof Martin Adjou Moumouni von N'Dali, der Diözese in Benin, zu deren Gebiet das Dorf Kalalé gehört, das am 10. September von einer islamistischen Gruppe aus dem benachbarten Nigeria angegriffen wurde (vgl. [AKREF 11/9/2025](#)). Die Dschihadisten sind unterdessen nach Nigeria zurückgekehrt und haben sechs Dorfbewohner mitgenommen, die sich noch immer in ihrer Gewalt befinden.

Die Bevölkerung von Kalalé ist traumatisiert, viele Einwohner sind geflohen. Aus diesem Grund, so Bischof Adjou Moumouni, „bin ich am vergangenen Sonntag, dem 21. September, nach Kalalé gefahren, um mit den wenigen verbliebenen Gläubigen die heilige Messe zu feiern“. „Ich habe versucht, ihnen Mut zu machen, indem ich ihnen sagte, dass Jesus seine Herde niemals im Stich lässt“, betont er.

Nach Angaben des Bischofs haben sich die Sicherheitsbedingungen verbessert, nachdem die Regierung ein starkes Militärkontingent in das Gebiet entsandt hat. „Ich muss der Regierung und der Armee danken, die die militärische Präsenz in der Region verstärkt haben. Jetzt sind wir besser geschützt“, bekräftigt der Bischof.

In Kalalé leben Ordensschwestern eines Ordens spanischen Ursprungs. „Was mir jetzt am Herzen liegt, ist die Lösung der Frage der von den Schwestern geführten Schule“, erklärt der Bischof von N'Dali. „Es handelt sich um einen Komplex, der eine Grundschule, eine Mittelschule und eine Berufsschule umfasst, die von Hunderten von Schülern besucht werden, von denen die meisten Muslime sind. Es ist eine starke Präsenz, um die Liebe Christi zu allen Menschen zu bezeugen“, betont Bischof Adjou Moumouni.

„Deshalb bin ich besorgt, weil die Schwestern vorerst beschlossen haben, die Schule nicht wieder zu öffnen“, erklärt der Bischof. „Die Ordensschwestern sind zu Recht besorgt, dass die Dschihadisten im Falle eines erneuten Angriffs einige der Schüler der Schule als Geiseln nehmen könnten“, sagt Bischof Adjou Moumouni, der sich jedoch zuversichtlich zeigt, dass die Frage gelöst werden kann. „Wir versuchen in Absprache mit den zivilen und militärischen Behörden, den Schülern und Lehrern konkrete Sicherheitsgarantien zu bieten. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Schule bald wieder öffnen können“, schließt er.

(L.M.) (Fides 24/9/2025)

Bulgarien: Dienst an der türkischsprachigen Minderheit

(Licht in Osten, Weli Mustafow, Sliwen, Dienst an der türkischsprachigen Minderheit in Bulgarien) berichtet von seiner Arbeit:

„Seit einiger Zeit führen wir in unserem dicht besiedelten Stadtteil christliche Konzerte auf. Unser Ziel damit ist, zu evangelisieren und Menschen zum Heil in Christus zu führen. Unsere Leute lieben es, Musik zu hören, und wir lieben es, dem Herrn zu singen. Natürlich gehört auch jeweils eine kurze Predigt von 15 bis 20 Minuten dazu.“ **Bitte beten Sie**,

> dass der Heilige Geist in den Herzen der Menschen wirkt und die Menschen zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. „Einmal wöchentlich halten wir in unserer Gemeinde eine Bibelstunde ab. Wir behandeln Themen, die die Menschen interessieren. Viele Leute hören in den christlichen Gemeinden nichts über die Themen, die sie wirklich beschäftigen und über die sie etwas lernen möchten. So kommen sie dann zu uns, sodass unser Raum überfüllt ist.“

> Danken Sie mit uns für diese Menschen, die zu den Bibelstunden kommen.

> Beten Sie bitte für ihr geistliches Wachstum und

> um Weisheit und Kraft für alle Mitarbeitenden in diesem Dienst. „Jeden Monat bieten wir in verschiedenen türkischsprachigen Gemeinden Gebetsstunden an, um sie aufzubauen und ihre Bibelkenntnisse zu vertiefen.“

> Beten Sie bitte, dass die türkischsprachige Gemeinde wächst und mehr Menschen Jesus als ihren persönlichen Erretter annehmen.

> dass die türkischen Gemeindeglieder durch die Gemeinschaft gestärkt werden und ein Segen für ihr Umfeld sein können.

> dass der Herr sie vor Gefahren in ihrem Verwandtschaftskreis bewahrt. „Wir treffen uns als Gemeindemitarbeiter jeden ersten Samstag im Monat zum Gebet, damit wir in unserem Tun nicht müde werden und fest im Glauben bleiben.“

> Vielen Dank, wenn auch Sie sich diesem Gebet anschließen.

Weli Mustafow dankt Ihnen von Herzen, dass Sie für seine an Krebs erkrankte Ehefrau Bahar beten. **Bitte beten Sie mit uns**,

> dass die Therapie, die Bahar gerade bekommt, die gewünschte Wirkung erzielt und der Herr sich dadurch verherrlicht.

> für Weli und seine Familie um Schutz und Kraft bei den alltäglichen Herausforderungen.

Deutschland: Berlin-4.000 Menschen beim „Marsch für das Leben“

Die Veranstaltung wurde von Experten begleitet

Berlin (IDEA) – Rund 4.000 Menschen haben nach Angaben des Veranstalters „Bundesverband Lebensrecht“ (BVL/Berlin) am 20. September am „Marsch für das Leben“ in Berlin teilgenommen. Die Polizei sprach von etwa 2.500 Demonstranten. Bei der Auftaktkundgebung am Washingtonplatz nahm die Vorsitzende, Alexandra Maria Linder (Willich), Bezug auf die Nominierung der Juraprofessorin Frauke Brosius-Gersdorf (Potsdam) für das Bundesverfassungsgericht. Sie war wegen ihrer Positionen zum Lebensschutz in die Kritik geraten. Im August zog sie ihre Kandidatur zurück. Linder: „Wer grundlegende Begriffe des Grundgesetzes umdefiniert, bestimmten Menschengruppen Rechte abspricht, der verlässt die Grundlagen der Verfassung und ist in keinsten Weise geeignet, sie zu hüten“. Sie warnte vor einer zunehmenden Normalisierung von Abtreibungen.

Sorge über Entwicklungen am Lebensende

Ferner sprach Linder über assistierten Suizid und warnte vor Entwicklungen in Ländern wie Kanada, den Niederlanden und der Schweiz. Über fünf Prozent der Todesfälle seien dort auf den assistierten Suizid zurückzuführen. Linder: „Wir brauchen Einrichtungen, wo man keine Nummer ist, sondern wo jeder Mensch, egal in welcher Situation, in seiner Menschenwürde respektiert, angenommen und versorgt wird.“ Linder warnte außerdem davor, kirchliche Einrichtungen zu verpflichten, gegen ihre Überzeugungen Abtreibungen oder assistierten Suizid durchzuführen. Von der Politik forderten Linder und der Kinderarzt an der Universität Erlangen, Prof. Holm Schneider, eine lückenlose Statistik über Abtreibungen in Deutschland und die Erforschung ihrer Ursachen. Zudem sollte es eine Qualitätsprüfung aller Stellen geben, die Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen. Insgesamt brauche es in der Politik das Bewusstsein, dass das Menschsein mit der Zeugung beginnt. „Angehörige medizinischer Berufe müssen ihrem Gewissen folgen dürfen“, so Schneider weiter. Das gelte auch für die Ausbildung. Schneider forderte eine Medizinethik, „die auf Heilung, Schmerzlinderung und palliative Versorgung setzt, nicht auf die gezielte Beendigung des Lebens.“ Es bedürfe einer am Hippokratischen Eid ausgerichteten Arbeitsweise.

Schneider: Mehrlingsschwangerschaft bejahen

Der Mediziner berichtete darüber hinaus von seinen Erfahrungen mit Müttern mit einer Mehrlingsschwangerschaft. Diese entstünden besonders oft bei künstlicher Befruchtung. Häufig höre er dann den Satz von werdenden Eltern: „So habe ich mir das nicht vorgestellt.“ Er wolle ihnen Mut machen, sich gegen eine selektive Abtreibung zu entscheiden und alle Kinder zur Welt zu bringen. „Ich frage dann immer: Halten Sie es für möglich, dieser Situation gerecht zu werden, auch wenn sie anders ist, als Sie es sich vorgestellt haben?“ Das bejahten die meisten Eltern, so Schneider.

Kersten: Widerstand wird zur Pflicht

Der Apotheker [Andreas Kersten](#) (Berlin) schilderte, wie er im Laufe seiner über 40-jährigen Berufstätigkeit in einen schweren Gewissenskonflikt geraten sei. Er konnte es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, die „Pille danach“ zu verkaufen. Grundlage seiner Entscheidung sei die Überzeugung, dass die Menschenwürde „auch für das ungeborene Leben uneingeschränkt gilt“. Kersten verwies auf entsprechende Aussagen des Bundesverfassungsgerichts und betonte: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Trotz juristischer Auseinandersetzungen und Anschlägen auf seine Apotheke habe er an seiner Haltung festgehalten. Die Gewissensfreiheit müsse auch im pharmazeutischen Bereich gewahrt bleiben, so Kersten. Er forderte, Präparate ohne therapeutische Indikation, die potenziell lebensbeendend wirken könnten, aus der Abgabepflicht für Apotheken herauszunehmen. Wie in den Vorjahren wurde der Marsch auch von Protestaktionen begleitet. Die Polizei erklärte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, dass sich rund 150 Gegendemonstranten versammelt hätten. Sie hätten versucht, den Demonstrationzug durch eine Sitzblockade zu behindern. Der nächste „Marsch für das Leben“ in Berlin findet am 19. September 2026 statt.

Deutschland: Die Täufer haben „große Ideen in die Welt gebracht“

Der Bundespräsident würdigte die Rolle der Täuferbewegung

Hamburg (IDEA) – Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (Berlin) hat die Rolle der Täuferbewegung für die europäische Geschichte gewürdigt. Beim Festakt „500 Jahre Täuferbewegung 1525–2025“ am 21. September in den Räumen der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten) Hamburg-Altona sagte er, dass die Täufer ein Teil der europäischen „Freiheitsgeschichte“ seien. Diese kleine Gemeinschaft habe „große Ideen in die Welt gebracht“. Steinmeier erinnerte während seiner Rede an ein prägendes Ereignis für die Geschichte der Täufer im Januar 1525: Damals war in Zürich eine kleine Gruppe um Konrad Grebel und Felix Manz zusammengekommen, um eine Erwachsenentaufe an einem bereits als Kind getauften Mann zu vollziehen. Mit dieser damals verbotenen Handlung hatten sie laut Steinmeier „die Machtfrage“ aufgeworfen. „Die Menschen wussten: Was sie vorhatten, war gewagt. Wer sich gegen die Obrigkeit stellte, riskierte alles – Heimat, Familie, Leben.“ Manz selbst wurde zwei Jahre später ertränkt, weil er an diesen Überzeugungen festgehalten hatte. Mit der Durchführung dieser Erwachsenentaufe hätten er und seine Mitstreiter den Anspruch auf individuelle religiöse Mündigkeit artikuliert, betonte der Bundespräsident. „Darin lag natürlich eine gewaltige gesellschaftliche Sprengkraft.“

Die Täufer gingen einen „grundsätzlicheren Weg“ als die Reformatoren

Diejenigen, die an jenem Tag zusammengekommen seien, hätten zwar in derselben Zeit des Umbruchs wie die Reformatoren Martin Luther (1483–1546), Johannes Calvin (1509–1564) und Ulrich Zwingli (1484–1531) gelebt. Dennoch seien die Täufer einen anderen, „grundsätzlicheren Weg“ gegangen. Sie hätten sich „vollkommene Unabhängigkeit“ gewünscht und die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft, von Gewissen und Autorität gestellt: „Wenn jeder Mensch mündig über seinen Glauben entscheiden soll, warum dann nicht auch über andere Bereiche des Lebens? War nicht jeder in dieser Entscheidung gleich und gleich viel wert? Und musste nicht jeder Mensch ganz frei und selbst entscheiden können, woran er glaubt und wofür er zu streiten bereit ist, oder auch: wofür nicht?“

Freiheit und Demokratie müssen auch militärisch verteidigt werden

Zugleich hob Steinmeier die bis heute wirksamen Impulse hervor, die von der Täuferbewegung ausgegangen seien. Sie hätten sich früh für die Trennung von Kirche und Staat, gleichberechtigte Abstimmungen, den sozialen Ausgleich und eine gewaltfreie Konfliktbewältigung eingesetzt. Der Bundespräsident bekundete seinen „hohen Respekt“ vor der Gewaltlosigkeit, die bis heute für die Kirchen in der Tradition der Täufer prägend ist. In einer Demokratie müsse es möglich sein, für die eigenen Überzeugungen einzutreten, aber auf friedliche Weise. Steinmeier hob hervor, dass diese Haltung auch in der jüngeren Geschichte beispielhaft gelebt worden sei, etwa von Christen in der früheren DDR, die mit friedlichen Mitteln den Boden für die Friedliche Revolution bereitet hätten. Zugleich wies er jedoch darauf hin, dass die liberalen Demokratien Europas militärisch bedroht seien. „Wenn wir unsere Freiheit und unsere Demokratie bewahren wollen, bedeutet das auch und vor allem, dass wir sie verteidigen können müssen“, sagte er. Dies erfordere stärkere Streitkräfte – „nicht um Krieg zu führen, sondern um zu vermeiden, ihn führen zu müssen“.

ACK-Vorsitzender: Die „Stimme der Friedenskirchen“ muss gehört werden

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Pfarrer Christopher Easthill (Wiesbaden), sprach davon, dass das Zeugnis der Täuferbewegung bis heute eine Herausforderung bleibe – „und das ist gut so“. „Die Ökumene wäre ohne die täuferischen Kirchen viel ärmer.“ Man könne von ihnen viel lernen. Dazu gehöre auch die unbedingte Feindesliebe und Gewaltlosigkeit, für die sie einträten. Auch wenn in der Ukraine derzeit ein Krieg tobe, müsse „die Stimme der Friedenskirchen“ gehört werden. Am Festakt nahmen neben dem Bundespräsidenten und Easthill unter anderem die amtierende EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs (Hamburg), der römisch-katholische Bischof von Magdeburg, Gerhard Feige, sowie der Chef der Hamburger Senatskanzlei, Staatsrat Jan Pörksen, teil.

Deutschland: Pfingstler sind erstmals größte Freikirche in Deutschland

Deutschland: Pfingstler sind erstmals größte Freikirche in Deutschland

Willingen (IDEA) – Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) ist erstmals die größte Freikirche in Deutschland. Das geht aus der jährlichen Statistik des Bundes hervor, die Generalsekretär Peter Bregy (Griesheim bei Darmstadt) am 23. September auf der Bundeskonferenz im nordhessischen Willingen vorstellte. Danach hat die Freikirche aktuell 74.405 Mitglieder in 1.095 Mitgliedsgemeinden. Damit löst sie den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG/Baptisten und ChristusForum) als größte Freikirche in Deutschland ab, zu dem 767 Gemeinden mit rund 72.000 Mitgliedern gehören. Wie Bregy weiter mitteilte, ist die Zahl der Gemeinden im BFP um 94 Gemeinden gewachsen. Davon wurden 64 neu gegründet. 30 bestehende Gemeinden wurden in den Verband aufgenommen. Präses des BFP ist Pastor Friedhelm Holthuis (Wuppertal).

Deutschland: Proteste gegen den „Marsch für das Leben“ angekündigt

Polizei will konsequent gegen Störungen vorgehen

Berlin/Köln (IDEA) – Gegner des „Marsches für das Leben“ am 20. September in Berlin und Köln haben Proteste angekündigt. Das „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ hat dazu aufgerufen, zeitgleich in der Bundeshauptstadt auf die Straße zu gehen. Hinter dem Bündnis stehen feministische Gruppen, linksorientierte Kreise und Parteien sowie Gewerkschaften. Es fordert die Abschaffung des Paragraphen 218 StGB und damit die Freigabe der Abtreibung. Das Bündnis bezeichnet die Teilnehmer des „Marsches für das Leben“ als „religiöse Fundamentalst*innen und rechtsnationale Gegner*innen“. Der Marsch gegen Abtreibung und Sterbehilfe konnte in den vergangenen Jahren nur unter Polizeischutz stattfinden, weil Gegner versuchten, die Demonstration zu stören und zu blockieren. Der Bundesverband Lebensrecht (Berlin) als Veranstalter rechnet mit über 8.000 Teilnehmern. Ein Polizeisprecher in Berlin sagte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, dass sich in der Hauptstadt 2.000 Teilnehmer zu einem „Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung“ angemeldet haben. Nach Angaben der Kölner Polizei ist dort eine Demonstration unter dem Motto „Pro Choice“ (Für das Recht auf freie Wahl) mit rund 1.000 Teilnehmern angemeldet worden. Hinter dem „Pro Choice Bündnis Köln“ stehen antifaschistische und feministische Gruppen. In einer [Mitteilung](#) erklärte das Polizeipräsidium Köln, man werde mit starken Kräften vor Ort sein, um die Sicherheit aller Teilnehmer zu gewährleisten und mögliche Zusammenstöße zwischen „emotionalisierten Meinungsgegnern“ zu verhindern. Gegen Störungen wolle die Polizei konsequent vorgehen – insbesondere wenn die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zur Begehung von Straftaten missbraucht werde. IDEA ist an beiden Standorten vertreten und wird aktuell auf idea.de und [Instagram](#) berichten.

Deutsche Bischofskonferenz schickt Grußwort

Der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing (Limburg), hat ein Grußwort zum „Marsch für das Leben“ in Köln übermittelt. Darin bezeichnet er den Einsatz für den Schutz menschlichen Lebens von seinem Beginn bis zum natürlichen Tod und in seiner gelebten Vielfalt als ein menschenfreundliches Anliegen. In christlicher Perspektive sei das Leben ein Geschenk Gottes des Schöpfers. Das Anliegen des Lebensschutzes dürfe aber nicht verzweckt werden, „weder für ganz persönliche Interessen noch für politische, demografische, nationalistische oder gar völkische Interessen oder welche lebensfremden Interessen sich sonst daraus ableiten ließen“. In diesem Sinn sei die Kirche dankbar für alle, „die sich mit lauterem Mitteln ohne Feindschaft und Verbitterung um des Menschen in all seinen Nöten und Sorgen willen für den Schutz menschlichen Lebens einsetzen“. Neben Bätzing haben auch andere katholische Bischöfe sowie Repräsentanten der evangelikalen Bewegung [Grußworte](#) geschickt.

Indien: "Verstoß gegen die Ethik"

Katholischer Laienverband bezeichnet so die Anti-Konversions-Gesetze

Mangalore (Fides) – Die sogenannten „Anti-Konversionsgesetze“, die in zwölf indischen Bundesstaaten in Kraft sind, seien „eine Verletzung der indischen Demokratie, einen Verstoß gegen die nationale Ethik, die Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit“. Aus diesem Grund habe man in mehreren Staaten Klagen vor dem Obersten Gerichtshof auf den Weg gebracht, in denen sie als „verfassungswidrig“ angefochten werden. Dies erklärt die „All India Catholic Union“ (AICU), die größte Bewegung katholischer Laien in Indien und ganz Asien, die während ihrer derzeitigen Generalversammlung in Mangalore ihre Besorgnis über die Schwierigkeiten und Feindseligkeiten gegenüber Christen in mehreren indischen Bundesstaaten zum Ausdruck bringt, die im Wesentlichen auf den umstrittenen Anti-Konversionsgesetzen beruhen.

Wie die AICU, die vor 106 Jahren gegründet wurde und heute auf nationaler Ebene von Elias Vaz geleitet wird, feststellt, zielen diese Maßnahmen darauf ab, „den Freiraum einzuschränken“. „Sie schränken das Gewissen ein, indem sie die Wahl der eigenen Religion von der Zustimmung eines Richters abhängig machen, und werden dann von nationalistischen Hindu-Gruppen ausgenutzt und manipuliert, um nicht-hinduistische Gemeinschaften, insbesondere christliche und muslimische religiöse Minderheiten, Dalits (Kastenlose) und Indigene, zu kriminalisieren“, beklagt die Organisation.

Die Generalversammlung der AICU lehnt Hasskampagnen und Feindseligkeiten gegenüber religiösen Minderheiten ab und berachte mit „Bandhutva“, einer interreligiösen Dialogrunde zum Thema Mitgefühl auf den Weg, in der Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften an den Geist von Mutter Teresa und Mahatma Gandhi erinnern. Die Vollversammlung, an der etwa 150 Delegierte aus dem ganzen Land teilnahmen, befasst sich in diesem Zusammenhang auch mit dem Thema „Krisenmanagement“, d. h. mit den Schritten, die zu unternehmen sind, wenn man mit einem kritischen Ereignis wie einem Angriff, Gewalt oder einer Kontroverse konfrontiert ist.

Die AICU erinnert daran, dass Maßnahmen, die die Konversion einschränken oder verhindern, derzeit in den folgenden indischen Bundesstaaten in Kraft sind: Rajasthan (seit 2025), Karnataka und Haryana (seit 2022); Madhya Pradesh, Uttar Pradesh und Gujarat (seit 2021); Himachal Pradesh (seit 2019); Uttarakhand (seit 2018); Jharkhand (seit 2017); Chhattisgarh (seit 2006), Arunachal Pradesh (seit 1978); Odisha (seit 1967).

John Dayal, Journalist und Mitglied der AICU, erklärt gegenüber Fides: „Seit die nationalistische Hindu-Partei Bharatiya Janata Party (BJP) 2014 an die Macht gekommen ist, haben viele indische Bundesstaaten neue Gesetze eingeführt, die Religionswechsel unter Strafe stellen, oder die bestehenden Gesetze in diesem Bereich erheblich verschärft. Diese Gesetze basieren auf der falschen Annahme, dass religiöse Minderheiten eine Bedrohung für die Identität und Einheit der Nation darstellen.“

Wie Dayal erinnert, werden solche Gesetze auch mit dem Bevölkerungswachstum in Zusammenhang gebracht, das von nationalistischen Hindu-Gruppen oft als Schreckgespenst herangezogen wird und wonach „die vermeintlich rasante Zunahme nicht-hinduistischer Religionsgemeinschaften die Hindus als kulturelle, soziale, religiöse und politische Mehrheit des Landes ablösen könnte“.

Während es in einigen indischen Bundesstaaten bereits seit Ende der 1960er Jahre Gesetze zur Konversion gab, „haben sie sich im letzten Jahrzehnt vervielfacht und verschärft“, bemerkt Dayal, wie beispielsweise in den Bundesstaaten Gujarat, Haryana, Himachal Pradesh, Jharkhand, Karnataka, Madhya Pradesh, Uttar Pradesh und Uttarakhand. „Das sind alles Bundesstaaten, in denen der hinduistische Nationalismus sowohl in der Regierung als auch in der Zivilgesellschaft tief verwurzelt ist“, stellt der Journalist fest.

Gemäß dem 2025 in Rajasthan von der BJP-Regierung verabschiedeten Gesetzentwurf gilt eine Konversion als illegal und nichtig, wenn sie durch „falsche Angaben, Gewalt, unzulässige Beeinflussung, Nötigung, Verführung oder andere betrügerische Mittel oder durch Heirat“ erfolgt. „Die Verwendung mehrdeutiger Begriffe ermöglicht es, fast jede religiöse Konversion in gewisser Weise als ‚illegal‘ zu interpretieren, wodurch die freie individuelle Entscheidung faktisch verhindert wird“, bemerkt Dayal.

Darüber hinaus basieren die Gesetze auf der Annahme, dass Religionswechsel grundsätzlich illegal sind, bis das Gegenteil bewiesen ist: Sie übertragen ausdrücklich die Beweislast auf die „Person, die den Glauben wechseln möchte“, um nachzuweisen, dass kein Betrug oder Zwang vorliegt.

Darüber hinaus ist die Strafe für die illegale Konversion von Dalits, Adivasis (Ureinwohnern), Frauen und Kindern viel strenger, da dies die sozialen Gruppen sind, auf die sich die hinduistischen Nationalisten stützen, um die angestrebte „hinduistische Mehrheit“ in Indien aufzubauen. In der hinduistischen nationalistischen Ideologie gelten diese Menschen als „leicht zu verführen“.

Die AICU bekräftigte ihr Engagement für den Schutz des Rechts und der Freiheiten des Glaubens und des Gewissens jedes Menschen in Indien.

(PA) (Fides 24/9/2025)

Indonesien: Beamte und Muslime stoppen Kirchenbau in Indonesien

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/25.09.25 - Beamte in der indonesischen Provinz Zentraljava haben den Bau einer Kirche und eines religiösen Tourismuskomplexes unter dem Druck von lokalen Ratsmitgliedern und muslimischen Gruppen gestoppt.

Der Regent von Karanganyar hat am 2. September den Bau des Gebäudes der Immanuel Christian Church (Gereja Kristen Immanuel, GKIM) und des religiösen Tourismuskomplexes Holyland Bukit Doa der Indonesia Bethel Church (Gereja Bethel Indonesia, GBI) in Klepuh, Plosorejo, Dorf Karangturi, Unterbezirk Gondangrejo, Regentschaft Karanganyar, ausgesetzt.

In dem Schreiben zur Aussetzung hieß es, dass mehrere Gemeindegruppen gegen das Projekt seien, da sie glaubten, es könne zu sozialen Konflikten führen. Der Bau könne fortgesetzt werden, sobald die Probleme mit der örtlichen Gemeinde gelöst seien, berichtete SoloBalapan.com.

„Diese Aussetzung des Baus zielt darauf ab, günstige Bedingungen aufrechtzuerhalten und soziale Konflikte zu verhindern“, schrieb der Regent laut SoloBalapan.com. „Die lokale Regierung ist verpflichtet, den Interessen der breiteren Gemeinschaft Vorrang einzuräumen.“

Beamte der Regierung übermittelten die Entscheidung, den Bau zu stoppen, am 3. September direkt an die Surakarta Anugerah Family Foundation vor Ort. Mitglieder des Bezirksrats von Karanganyar erklärten, der Bau der Kirche und des religiösen Tourismuskomplexes entspreche nicht der ursprünglichen Genehmigung.

„Die ursprüngliche Genehmigung galt für den Bau der Kirche, tatsächlich wurde jedoch eine religiöse Tourismusstätte errichtet, die einem Mini-Jerusalem ähnelt“, erklärte Sarjono, Sprecher der Prosperous Justice Party (Partai Keadilan Sejahtera) in Karanganyar Regency, einer Partei, die eng mit der islamistischen Hizbuth Tahrir verbunden ist, wie Jatengnews.id berichtete. „Die Einwohner waren nicht an der Entwicklung des religiösen Areals beteiligt und wussten nicht einmal davon.“

Wawan Pramono, Sprecher der Partei Gerakan Indonesia Raya (Gerakan Indonesia Raya), äußerte sich ähnlich und sagte Berichten zufolge: „Viele Einwohner wissen nichts von dem Bau des Heiligen Landes. Der Bauprozess muss gestoppt werden, bis die Frage der Genehmigung geklärt ist.“

Das Gondangrejo Islamic Community Forum (Forum Umat Islam, FUI) in Karanganyar Regency reichte am 1. August einen Einspruch bei der lokalen Regierung ein. Die beiden Parteien trafen sich daraufhin am 6. August. Die Regierung von Karanganyar reagierte darauf mit einem Treffen mit den Demonstranten am 1. September und empfahl schließlich, den Bau des Komplexes zu verschieben.

Ahmad Rosyidi, Autor für Kompasiana.com, wies darauf hin, dass die Ablehnung des religiösen Tourismuskomplexes nicht nur vom Gondangrejo Islamic Community Forum (Forum Umat Islam, FUI) kam, sondern auch vom Industrial Unit Focus (Fokus Unit Industri, FUI) der Region Solo Raya. Er erwähnte, dass das Solo Raya FUI die Gemeinde aufforderte, eine Erklärung gegen das Entwicklungsprojekt zu unterzeichnen.

„Die Probleme mit diesem Projekt dauern bis heute, Freitag, den 12. September, an“, erklärte Ahmad. „Ein vom FUI Solo Raya koordinierter Solidaritätskonvoi fand im Dorf Plesungan im Bezirk Gondangrejo in der Regentschaft Karanganyar statt.“

Unter Berufung auf eine Erklärung des Dorfvorstehers von Karangturi, Mulyani, erklärte Ahmad, dass das Projekt rechtlich gültig sei und eine Baugenehmigung erhalten habe. Laut Ahmad hätten die Anwohner bereits Gelder aus dem Verkauf von Grundstücken erhalten, die für die geplante religiöse Tourismusstätte genutzt werden sollten.

Die Regierung des Regierungsbezirks Karanganyar bekräftigte am 26. August ihre Entschlossenheit, den Bau des Holyland Prayer Park sicherzustellen, berichtete FokusJateng.com.

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinde ungehindert ihren Glauben ausüben kann und Investoren sicher investieren können“, sagte Regionalsekretär Timotius Suryadi während einer Plenarsitzung des Repräsentantenhauses der Regentschaft Karanganyar. „Die Regierung wird ein Projektüberwachungsteam einrichten. Wenn die Genehmigungen nicht den Vorschriften entsprechen, werden sie überprüft.“

GosamTV bezeichnete in einem am 7. September veröffentlichten Video, das von 1.113 Menschen angesehen wurde, den Bau der Anlage als Katastrophe für die islamischen Lehren und schloss mit einem Aufruf zum Gebet (takbir).

„Wir, die muslimische Gemeinschaft von Solo Raya, erklären nachdrücklich, dass der Bau von Bukit Doa, KA [Karanganyar] City, Kirchen, Wohnheimen, Waisenhäusern und anderen Gebäuden unter der Surakarta Anugerah Family Foundation in den Dörfern Kedungturi und Plesungan in Gondangrejo, Karanganyar, eine Katastrophe für die religiöse Lehre der muslimischen Gemeinschaft von Solo Raya darstellt“, heißt es in dem Video.

Ein weiteres von GosamTV veröffentlichtes Video zeigt eine Erklärung gegen den Bau der christlichen Kultstätte, der eine Versammlung von Dutzenden von Menschen vorausging, an der mehrere Amtsträger, Geistliche und prominente Persönlichkeiten teilnahmen.

Ein Video, das vom Account „Anis Rasyid Baswedan Volunteer“ mit rund 80.000 Mitgliedern veröffentlicht wurde, zeigt eine muslimische Persönlichkeit der Islamischen Volksarmee von Karanganyar (Laskar Umat Islam Karanganyar, LAKIK), die sich ebenfalls gegen das Projekt ausspricht.

„Wir rufen alle Muslime dazu auf, dieses Projekt abzulehnen, da es eine religiöse Katastrophe für die Zukunft der muslimischen Gemeinschaft, unserer Kinder und Enkelkinder darstellen würde“, heißt es in dem Video, in dem behauptet wird, dass sich das Gelände auf einer Fläche von 40 bis 47 Hektar in einem Gebiet befindet, dessen Bevölkerung zu 99 Prozent muslimisch ist, und dass daher jede Bebauung islamisch sein sollte.

„Macht weiter und baut das Projekt“, heißt es in dem Video, „aber baut etwas, das der Gemeinschaft zugute kommt. Wenn die Menschen Muslime sind, warum dann eine Kirche und eine theologische Hochschule bauen? Deshalb, meine muslimischen Brüder und Schwestern, fordere ich euch auf, dieses Projekt abzulehnen.“

Die Grundsteinlegung für die erste Bauphase von Prayer Hill fand laut dem Instagram-Account ka.solowiduran am 22. April 2024 statt. In Anwesenheit von Pastor Obaja Tanto Setiawan, Mitarbeitern von Global Shepherd, Vertretern der Spender, dem Baukomitee und dem Bauunternehmer äußerten die Teilnehmer die Hoffnung, dass die Anlage für viele ein Segen sein werde.

Fürbittgebete und das Freilassen eines Taubenpaares markierten den Beginn des Baus der City Railway im Rahmen des Projekts.

„Lasst uns weiterhin für den Bau der City Railway beten und ihn unterstützen, bis Gottes Vision, Erntearbeiter hervorzubringen und vielen Menschen ein Segen zu sein, wirklich erfüllt ist“, schrieb der Kontoinhaber.

<https://morningstarnews.org/2025/09/officials-muslims-halt-church-construction-in-indonesia/>

Israel: Anschlag statt humanitärer Hilfe

Zwei Soldaten sind die Todesopfer eines Anschlages an der Grenze zu Jordanien. Da der Attentäter einen Hilfstransport fuhr, setzt Israel die Lieferungen nach Gaza über den Allenby-Übergang aus.

(Israelnetz.com vom 19. September 2025) JORDANIEN / JERUSALEM (inn) – Nach dem [Terroranschlag](#) an der jordanischen Grenze hat das israelische Militär die Identität der beiden Todesopfer bekannt gegeben. Es handelt sich um zwei Soldaten.

Ersten Erkenntnissen zufolge kam der Attentäter am Donnerstag gegen 15 Uhr Ortszeit von Jordanien aus mit einem Lastwagen an den Allenby-Grenzübergang. Dieser liegt im Jordantal zwischen dem Westjordanland und Jordanien. In dem Fahrzeug befanden sich Hilfsgüter für Palästinenser im Gazastreifen.

Angreifer erschossen

Nach seiner Ankunft schoss der Fahrer mit einer Handfeuerwaffe auf die Soldaten, bevor der Lastwagen kontrolliert werden konnte. Er stieg aus. Die Waffe hatte offenbar eine Ladehemmung, deshalb stach er mit einem Messer auf seine Opfer ein. Sicherheitskräfte erschossen den Angreifer.

Eines der Opfer ist der 68 Jahre alte Jizchak Harosch. Er stammte aus Jerusalem und war Reservist in der Zivilverwaltung. Beim zweiten Ermordeten handelt es sich um den 20-jährigen Oran Herschko aus Tel Mond. Er arbeitete als Verbindungsoffizier bei der Einheit für internationale Zusammenarbeit (Tevel), wie die Nachrichtenseite „Times of Israel“ berichtet.

Das israelische Außenministerium teilte auf X mit, der Attentäter sei ein jordanischer Staatsbürger. Es machte Hetze für die Tat verantwortlich: Diese sei eine „Folge des Wiederholens der Lügenkampagne der Hamas“. Das Ministerium fügte hinzu: „Israel ermöglicht humanitäre Hilfe für Gaza, und die Terroristen nutzen das aus, um Israelis zu ermorden.“

Jordanien verurteilt Angriff

Aus dem jordanischen Außenministerium hieß es am Donnerstagabend, die Behörden hätten Ermittlungen zu dem „Schussvorfall“ auf der israelischen Seite der Grenze aufgenommen. Jordanien verurteile den Angriff „als Verletzung internationalen Rechtes, der Interessen Jordaniens und seiner Fähigkeit, humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zu bringen“.

Den Angreifer benannten die jordanischen Behörden als den 57-jährigen Abd al-Mutalib al-Qaisi. Der Jordanier hatte vor drei Monaten begonnen, als Lastwagenfahrer für Hilfslieferungen zu arbeiten. Vorerst bekannte sich keine Terrorgruppe zu dem Anschlag.

Der israelische Armeechef Ejal Samir hielt indes mit ranghohen Kommandeuren eine Lagebesprechung ab. Demzufolge will das Militär Hilfstransporte am Allenby-Übergang aussetzen, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind. Zudem müssten die Prozeduren für die Inspektion jordanischer Fahrer neu geregelt werden.

Mehr als 144.000 Tonnen Hilfsgüter

Laut der Regierungsbehörde für israelische Aktivitäten in den Gebieten (COGAT) wurden seit Beginn des Krieges nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 fast 10.000 Lastwagenladungen von Jordanien in den Gazastreifen gebracht. Die Hilfslieferungen umfassten demnach mehr als 144.000 Tonnen, rund 202 Tonnen pro Tag. Das entspreche etwa 7 Prozent der Lieferungen.

Der Allenby-Übergang befindet sich nahe der palästinensischen Autonomiestadt Jericho. Verwaltet wird er gemeinsam von Israel und Jordanien. Ursprünglich richteten ihn die Osmanen im 19. Jahrhundert ein. Seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 ist er der einzige Grenzübergang zwischen dem Westjordanland und Jordanien. Er dient Palästinensern für den Personen- und Warenverkehr.

Israelis nutzen die Übergänge in Beit Schean im Jordantal und in Eilat am Roten Meer. Auch hier können Lastwagen mit Hilfsgütern für Gaza passieren. (eh)

Israel: Vor dem jüdischen Neujahr

Bußgebete und Bitte um Heimkehr der Geiseln

(Von Israelnetz /22. September 2025) Mehr als 50.000 Menschen haben in der Nacht zu Montag an jüdischen [Bußgebeten](#) (Slichot) an der Jerusalem Klagemauer teilgenommen. Zudem dankten sie Gott für die Wunder des zu Ende gehenden Jahres. Sie beteten für Sicherheit und eine baldige Rückkehr der Geiseln aus dem Gazastreifen. Die Slichot prägen die Zeit vor dem Neujahrsfest (Rosch HaSchana), das am Montagabend beginnt. Sie enden vor dem Versöhnungstag Jom Kippur am 2. Oktober. Indes stockte die Armee ihre Präsenz im Westjordanland vor den Feiertagen auf. Anlass sind Spannungen nach dem tödlichen [Anschlag in Jerusalem](#) Anfang September. (eh)

Jordanien: Wie geht es den Christen im Land?

Christen in Jordanien genießen mehr Freiheit als Christen in den meisten Ländern des Nahen Ostens. Sie benötigen jedoch weiterhin Weisheit, Integrität und Mut, um ihre intensiven missionarischen und kirchlichen Aktivitäten aufrechtzuerhalten. Christliche Camps, Medienprogramme und Flüchtlingshilfe verleihen der Kirche ein öffentliches Profil, das Zeugnis ablegt für einen christlichen Glauben, der Liebe, Heilung und Versöhnung bringt. Konvertiten aus dem Islam riskieren jedoch weiterhin Verfolgung durch Extremisten innerhalb der muslimischen Bevölkerungsmehrheit.

Barnabas Aid WORLDNEWS 322 Bridgeway Publications 15 September 2025 übersetzt und bearbeitet von AKREF

Kambodscha: Bibelgesellschaft kämpft für Alphabetisierung

Weltbibelhilfe: Biblische Texte spielen in Lernmaterialien eine zentrale Rolle

Stuttgart (IDEA) – Die Bibelgesellschaft von Kambodscha setzt sich dafür ein, dass mehr Bewohner des südostasiatischen Landes lesen lernen. Darauf hat die Weltbibelhilfe der Deutschen Bibelgesellschaft (Stuttgart) hingewiesen. Nach offiziellen Angaben können rund ein Fünftel der Bevölkerung Kambodschas nicht lesen und schreiben. Die tatsächliche Zahl liege aber möglicherweise viel höher. Insbesondere auf dem Land sei das Bildungsangebot oft schlecht. Kinder müssten den Schulbesuch häufig unterbrechen, um in der Landwirtschaft mitzuarbeiten. Vielfach fehle es auch an Lehrern. Die Bibelgesellschaft erreiche mit ihren Alphabetisierungskursen bis zu 6.000 Kinder und Erwachsene pro Jahr. Dafür greife sie auf ein Netzwerk von Pastoren und ehrenamtlichen Helfern zurück. In den Kursen würden außerdem Grundkenntnisse im Rechnen und biblische Werte vermittelt. In den Lernmaterialien spielten biblische Texte eine zentrale Rolle. Ein weiteres Kernanliegen der Bibelgesellschaft sei die Weitergabe kostenloser Bibeln an Menschen, die sich kein eigenes Exemplar leisten könnten. Von den rund 17 Millionen Einwohnern Kambodschas sind rund 97 Prozent Buddhisten und zwei Prozent Muslime. Der Anteil der Christen an der Bevölkerung liegt nach Angaben der Weltbibelhilfe bei rund 0,5 Prozent, er steige aber stetig.

Kosovo: Ein mutiger Schritt

(AVC) Seit längerem betreibt unsere kosovarische Partnerkirche aus Pristina in einer Stadt, die bekannt ist für ihre radikale Moschee, die Angebote »House of Hope« sowie einen Secondhand-Shop. Es ist eine sehr mutige Entscheidung von Ajan*, zusammen mit seiner Familie (Bild) in diese Stadt umzuziehen, um dort eine Gemeinde zu gründen.

In dieser Stadt fand vor Kurzem eine öffentliche Evangelisation statt. Dabei gab der junge Omer*, ein Christ mit muslimischem Hintergrund und bewegter Vergangenheit, öffentlich sein Zeugnis ab. Omer hatte zehn Jahre gegen seine Drogensucht gekämpft. Zwei Jahre lang saß er wegen Sachbeschädigung und Diebstahl unter Drogeneinfluss hinter Gitter. In einem christlichen Rehabilitationszentrum fand er durch den dort tätigen Ajan zum Glauben. Seither ist er ein leidenschaftlicher Nachfolger Jesu und Teil der Gemeinde in Pristina. Inzwischen hat er auch eine Bibelschule absolviert.

Viel Polizei und sogar Special Forces waren anwesend für die Sicherheit der Evangelisation. Ein junger Polizist wurde im Frühling von radikalen Muslimen vor seiner Haustüre erschossen, weil er sich zu sehr den Aktivitäten der Moschee gewidmet hatte und deren Verstrickungen aufdecken wollte.

*Name geändert

Wir beten ...

- ... für die Gemeindegründung in der muslimischen Stadt,
- ... um Schutz für Ajan und seine Familie,
- ... dass viele Menschen dieser Stadt Jesus kennenlernen.

Kuba: Das Castro-Regime hat dem kubanischen Volk ein Martyrium auferlegt

Die schreckliche Lage, unter der die Kubaner im Allgemeinen und insbesondere die politischen Gefangenen leiden, verdient internationale Solidarität

(Bonn, 24.09.2025) Im Folgenden wird ein Bericht des Gründers und Vorsitzenden der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (ISHR) in Kuba, René Gómez Manzano, wiedergegeben. Gómez Manzano ist ehemaliger politischer Gefangener, Rechtsanwalt und unabhängiger Journalist.

Bericht von René Gómez Manzano

In den letzten Tagen kam mir immer wieder ein populärer Ausdruck aus der spanischen Sprache in den Sinn: „Der Weg zum Schlimmsten ist unendlich.“ Diese Worte hämmern mir so sehr im Kopf herum, weil es angesichts der Tatsachen so aussieht, als sei das in Kuba herrschende Castro-Kommunisten-Regime entschlossen, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um dies zu verwirklichen.

Die Verschlimmerung der Notlage, unter der der einfache Kubaner leidet, ist seit Jahrzehnten eine Konstante. Und das, obwohl das Regime in Havanna in der Regel auf einen ausländischen Wohltäter zählen konnte, der sich um die unbezahlbaren Ausgaben kümmerte, die das ineffiziente und verschwenderische Regime ständig tätigt. Jahrzehntelang war dies die glücklicherweise verschwundene Sowjetunion, in jüngerer Zeit das chavistische Venezuela.

Doch während die absolute Unwirksamkeit des vom castro-kommunistischen Regime eingeführten Wirtschaftssystems immer deutlicher wird, ist die Höhe der ausländischen Hilfe zurückgegangen. Venezuela, das durch den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Elend versunken ist, ist eher darauf angewiesen, selbst Hilfe zu erhalten, als sie einem ausländischen Partner wie Kuba zu gewähren. China, Putins Russland und Vietnam geben freundliche Erklärungen ab und machen Geschenke in begrenztem Umfang, aber sie zögern, die Finanzierung des Fass ohne Boden, das die castro-kommunistische Wirtschaft darstellt, zu übernehmen.

Grotesk: Die Zuckerinsel muss Zucker importieren

In der Zwischenzeit verschlechtert sich die Lage in Kuba von Tag zu Tag. Die Produktion bricht ein – es genügt zu sagen, dass die Insel, die einst als „Zuckerfabrik der Welt“ bezeichnet wurde, gerade die geringste Ernte seit über einem Jahrhundert erzielt hat und das süße Produkt importieren muss! Das Gleiche gilt für andere Produktionszweige. Die Inflation steigt mit jeder Woche, die vergeht ... Nicht umsonst ist die Bevölkerung Kubas zurückgegangen, was auf die extrem niedrige Geburtenrate und die jüngste Auswanderung von Hunderttausenden von Bürgern zurückzuführen ist, die sich ein besseres Leben in einem anderen Land erhoffen.

Inmitten dieser katastrophalen Lage wächst die Zahl der Bürger, die mit dem aktuellen Zustand unzufrieden sind und dies auch offen zum Ausdruck bringen. Die Insel ist in eine solche Not und Armut versunken, dass die Geduld der Bürger langsam zu Ende geht. Der jüngste Ausbruch von Protesten ereignete sich am vergangenen Samstagabend in der Küstenstadt Gibara in der östlichen Provinz Holguín.

Die Einwohner von Gibara hatten genug von den endlosen Stromausfällen (obwohl man eigentlich, wie im gesamten Landesinneren, eher von „Stromausfällen“ sprechen sollte, da die Zeit ohne Stromversorgung viel länger ist als die Zeit, in der Strom zur Verfügung steht). Empört strömten die Bürger der Stadt auf die Straßen. Die Rufe „Schaltet den Strom ein!“ wechselten sich ab mit Forderungen nach „Freiheit!“.

Nur der Unterdrückungsapparat funktioniert

Letztendlich griff das Regime zu seiner bewährtesten Methode: der Unterdrückung (die übrigens eine der wenigen Aktivitäten ist, bei denen sich der Castro-Kommunismus als effizient erwiesen hat ...). Die Presse berichtete über die Verhaftung von Teilnehmern an den Protesten sowie über die Aufnahme von Mitarbeitern des Innenministeriums, die bei der Identifizierung einiger Demonstranten geholfen hatten, in die Liste der Unterdrücker.

Angesichts der trostlosen Lage mit Hunger, Mangel, galoppierender Inflation, wirtschaftlicher Erschöpfung und Unterdrückung ist es unvermeidlich, dass wir vor allem an diejenigen denken, die am meisten unter den schlimmsten Aspekten der aktuellen Situation leiden: Ich meine die politischen Gefangenen, deren Zahl laut der Organisation Prisoners Defenders 1.185 erreicht hat.

Unter ihnen ragen die prominenten Oppositionsführer José Daniel Ferrer García und Félix Navarro Rodríguez heraus, die bereits 2003 während der als „La Primavera Negra de Cuba“ (Der schwarze Frühling Kubas) bekannten Repressionswelle Opfer der Verfolgung durch das castro-kommunistische Regime wurden. Damals wurden insgesamt 75 Aktivisten willkürlich zu langen und willkürlichen Haftstrafen verurteilt. Jahre später wurden sie aus der Haft entlassen, und die meisten von ihnen akzeptierten das Exil. Ferrer und Navarro sowie einige andere weigerten sich jedoch, und bis heute bleiben sie in Kuba und sind ein Vorbild für ihre Landsleute.

Unter den Frauen sind insbesondere SaylÍ Navarro, die Tochter von Félix, und María Cristina Garrido, Autorin mehrerer veröffentlichter Gedichtbände, zu erwähnen. Beiden wurden unverhältnismäßige Strafen auferlegt (acht bzw. sieben Jahre), nachdem sie am Tag nach den friedlichen Protesten, die am 11. Juli 2021 an mehr als fünfzig verschiedenen Orten in Kuba stattfanden, festgenommen worden waren. Sowohl SaylÍ als auch María Cristina nahmen an den Protesten in ihren jeweiligen Orten teil.

Die schreckliche Lage, unter der Kuba leidet, verdient die Solidarität aller wohlwollenden Ausländer, Freunde der Freiheit und der Demokratie. Das Leid des kubanischen Volkes durch Hunger, Stromausfälle und Inflation muss ein Ende haben! José Daniel, Félix, SaylÍ, María Cristina und alle anderen politischen Gefangenen in Kuba müssen freigelassen werden!

- Dieses BQ [online](#)
- Dieses BQ als [pdf](#)

Bonner Querschnitte – Presseinformationen

Moldawien: Die Verwundbarkeit Moldawiens

Angesichts der Unsicherheiten in der Region, die an den Krieg zwischen Russland und der Ukraine grenzt, ist Moldawien das Land, das am stärksten von den politischen und territorialen Ambitionen Russlands bedroht ist. Während christliche Radioprogramme und Bibelprogramme die Bevölkerung erreichen, versuchen Nachfolgeevangelisten, den Zuhörern zu helfen und sie zu Christus zu führen. Lokale Dienste und verschiedene Hilfsorganisationen bringen auch den vielen ukrainischen Flüchtlingen in Moldawien Hilfe.

FEBC WORLDNEWS 322 Bridgeway Publications 15 September 2025 übersetzt und bearbeitet AKREF

Mosambik: Cabo Delgado-Erneut Angst und Schrecken unter der Bevölkerung

Mocimboa da Praia (Fides) – Der gewaltsame Aufstand in der Provinz Cabo Delgado ([vgl. AKREF 26/8/2025](#)) schürt weitere Guerillakämpfe. Laut lokalen Medienberichten haben weitere Angriffe mehrere Opfer gefordert. Diesmal waren die Einwohner der Bezirkshauptstadt Mocimboa da Praia von den Gewalttaten betroffen, wo die Aufständischen angeblich von Tür zu Tür gingen und die Namen ihrer Opfer, darunter auch Polizeibeamte, riefen. Es handelt sich um den ersten Angriff in diesem Gebiet, seit die Aufständischen 2021 von ruandischen Streitkräften vertrieben wurden. Den vorliegenden Informationen zufolge können sich die Rebellen in weiten Teilen von Cabo Delgado frei bewegen, und der Krieg hat sich in den letzten zwei Monaten verschärft, ohne dass die Regierungstruppen nennenswert darauf reagiert hätten. Die Gewalt zwischen der mosambikanischen Armee und dschihadistischen Gruppen brach 2017 aus und forderte über 6.000 Todesopfer und führte zu einer massiven Vertreibung der Bevölkerung.
(AP) (Fides 20/9/2025)

Myanmar: Bischof zur Lage in Rakhine

"Der Glaube ist trotz des Krieges lebendig"

Pyay (Fides) – „Die Kämpfe dauern an und unschuldige Menschen leiden weiterhin im birmanischen Bundesstaat Rakhine“, so Bischof Peter Tin Wai von Pyay, einer Stadt im Bundesstaat Rakhine (oder Arakan), von wo aus er eine Diözese leitet, die faktisch das gesamte Gebiet des Bundesstaates im Westen Myanmars umfasst, gegenüber Fides. Zu den jüngsten Gewalttaten, gehört der Luftangriff der myanmarischen Armee am 12. September auf zwei Privatschulen in der Stadt Kyauktaw, bei dem 20 Schüler und Schülerinnen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren ums Leben kamen. Die reguläre myanmarische Armee kämpft gegen die „Arakan Army“ (AA), eine ethnische Armee, die den größten Teil von Rakhine erobert hat und nun 14 von 17 Gemeinden kontrolliert. Die myanmarische Armee, die Stellungen auf dem Boden verloren hat, greift auf Luftangriffe zurück, die auch zivile Gebäude und Wohnhäuser treffen. Auch das Kinderhilfswerk UNICEF äußerte sich „äußerst besorgt“ und erklärte, dass der Angriff vom 12. September „Teil eines Musters immer verheerenderer Gewalt im Bundesstaat Rakhine ist, für das Kinder und Familien den höchsten Preis zahlen“.

An der Ostgrenze des Bundesstaates Rakhine, der Frontlinie, an der die „Arakan Army“ das Militär der Junta zurückgedrängt hat, dauern die heftigen Kämpfe an. Bischof Tin Wai erklärt dazu gegenüber Fides, dass „in den meisten Teilen des Bundesstaates die Macht in den Händen der ‚Arakan Army‘ liegt; in diesen Gebieten gibt es keine Kommunikationsmöglichkeiten, es gibt gravierende Probleme für das Bildungssystem, die Menschen versuchen zu überleben“. „Wir haben 12 Pfarreien in diesem Gebiet: Die Priester stehen den Menschen zur Seite, man versucht, im Alltag weiterzumachen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten; man versucht, die Sakramente zu spenden und die Kirchen offen zu halten, inmitten dieses Leidens“, berichtet er. Von den etwa 30.000 Gläubigen der Diözese lebt die Hälfte in Gebieten, die von der Arakan Army kontrolliert werden; die andere Hälfte der Gläubigen, fährt der Bischof fort, „befindet sich in den drei Gemeinden Sittwe, Kyaukpyu und Munaung, die noch in der Hand der Armee sind“. „Die Lage vor Ort führt weiterhin zu Vertreibungen, die Geflüchteten kommen nach Pyay oder verlassen den Staat, um nach Yangon zu gehen, auf der Suche nach Rettung. In Rakhine fehlt es an Reis, vielen fehlt es an Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung. Die Familien versuchen, in Gebiete zu ziehen, in denen wichtige soziale Dienste wie Schulen noch funktionieren“, berichtet er. In einer von Gewalt geprägten Zeit „sind unschuldige Zivilisten zwischen zwei sich gegenüberstehenden Armeen gefangen: Beide Armeen haben die Wehrpflicht eingeführt und zwingen junge Menschen, sich zum Kampf zu melden. Deshalb fliehen alle unsere jungen Menschen ins Ausland, und die Gesellschaft verliert ihre besten Kräfte“.

„Mit ihrem einfachen Leben und ihren begrenzten Kräften sind die Priester und Ordensleute den Menschen nahe und versuchen, zu trösten“, bemerkt der Bischof im Hinblick auf die pastorale Arbeit, „Der Glaube ist trotz des Krieges lebendig, ja man kann sogar sagen, dass sich die Menschen in einer Zeit der Not und des Leidens mit größerer Intensität und Inbrunst an Gott wenden“. Während „überall bewaffnete Gruppen sind“, bemerkt er, „wissen wir nicht, was die Zukunft bringen wird. Jeder Tag ist ein Geschenk Gottes. In diesem Bürgerkrieg, der die Nation verwüstet, wird es, solange es keinen nationalen Dialog gibt, keinen Sieger geben, sondern nur Verlierer. Wir beten für den Frieden und bitten alle, sich uns anzuschließen. In einer Zeit der Angst predigt die Kirche Frieden und Hoffnung und fleht Gott an, diese Drangsal zu beenden.“

(PA) (Fides 19/9/2025)

Nigeria: Katholischer Priester getötet

Es geschah im Südosten Nigerias bei einem Straßenüberfall

Abuja (Fides) – Der katholische Priester Matthew Eya kam in Nigeria bei einem Straßenüberfall gewaltsam ums Leben. Er wurde am Abend des 19. September auf der Straße Eha-Alumonah–Eha-Ndiagu im Verwaltungsbezirk Nsukka im Bundesstaat Enugu im Südosten Nigerias erschossen.

Nach Angaben der lokalen Presse wurde der Pfarrer der Kirche „Saint Charles“ in Eha-Ndiagu Opfer eines regelrechten Hinterhalts. Der Priester war auf dem Weg zurück in seine Pfarrei, als mindestens zwei bewaffnete Männer auf einem Motorrad sein Auto einholten, auf die Reifen schossen und ihn, nachdem das Auto zum Anhalten gezwungen worden war, aus nächster Nähe mit mehreren Schüssen töteten. Wenn der von den Zeugenaussagen wiedergegebene Tathergang korrekt ist, handelte es sich also nicht um einen fehlgeschlagenen Entführungsversuch, sondern um einen gezielten Mord. Die Nachricht vom Mord an dem katholischen Priester wurde vom Kanzler der Diözese Nsukka, Prälat Cajetan Iyidobi, in einer Botschaft an die Gläubigen bestätigt, in der es heißt: „Tief erschüttert, voller Schmerz und Trauer und in fester Hoffnung auf die Auferstehung der Toten, muss ich den tragischen Tod eines weiteren unserer Brüder, Pfarrer Matthew Eya, mitteilen.“ Unterdessen hat die Polizei die Suche nach den Mördern von Pfarrer Eya aufgenommen und 38 Personen festgenommen, unter denen sich vermutlich die Täter befinden. Die Regierung des Bundesstaates Enugu hat eine Belohnung von 10 Millionen Naira (etwa 5.700 Euro) auf die Mörder des Priesters ausgesetzt.
(L.M.) (Fides 22/9/2025)

Nigeria: Zwei Entführungen

IIRF-D/BA/Tübingen/25.09.25 - Unbekannte Bewaffnete entführten am Abend des 21. September Patience Nasamu, die Frau eines Pastors und ein weibliches Kirchenmitglied aus dem Haus des Kirchenführers im Bundesstaat Nasarawa im Middle Belt von Nigeria nach einem Sonntagsgottesdienst in Agyaragu, Obi Local Government Area (LGA).

Ihr Ehemann, Pastor Samuel Nasamu, erklärte, dass er gerade das Haus verlassen hatte, um ein krankes Mitglied der Gemeinde zu besuchen und für es zu beten, als er einen Anruf von seiner verzweifelten Frau erhielt.

„Ich konnte nur ihre betende Stimme hören“, sagte der Pastor. „Sie konnte mir nicht einmal sagen, was passiert war.“

Als ich zu Hause ankam, waren meine Frau und ein Gemeindeglied entführt worden, mein drei Monate altes Baby hatten sie zurückgelassen“, fuhr er fort.

Anscheinend hatten die Bewaffneten die Frauen eingeschüchtert, damit sie ihnen die Tür zum Grundstück öffneten, nachdem sie zuvor erfolglos versucht hatten, mit einem Hammer einzubrechen.

Am frühen Abend waren in der Gemeinde unbekannte Personen auf Motorrädern gemeldet worden. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/gunmen-abduct-pastor-s-wife-and-church-member-in-nasarawa-state-nigeria/>

Pakistan: Christ erschossen

IIRF-D/BA/Tübingen/25.09.25 - Ein pakistanischer Christ wurde in den frühen Morgenstunden des Sonntags, 7. September, auf dem Weg zu einem jährlichen christlichen Festival erschossen.

Der 46-jährige Afzal Masih war mit einer Gruppe von etwa einem Dutzend Christen in einem gemieteten Kleinbus von Lahore zum etwa 60 Meilen entfernten Festival in Mariamabad unterwegs, als die Gruppe unter Beschuss geriet. Der Schütze wurde später als Muhammad Waqas identifiziert.

Afzal hinterlässt seine 40-jährige Frau und vier Söhne. Die Partner von Barnabas Aid unterstützen die trauernde Familie bei der Deckung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse.

Die Witwe von Afzal Masih und zwei seiner Söhne wurden nach seinem Tod von Partnern von Barnabas besucht.

Der Angriff ereignete sich gegen 1 Uhr morgens, als die Gruppe in Farooqabad an einer Werkstatt anhielt, um die Reifen des Kleinbusses mit Luft zu befüllen, und der Fahrer die Passagiere aufforderte, das Fahrzeug zu verlassen.

Wenige Minuten später tauchte der Schütze mit einem weiteren Motorradfahrer auf, der eine automatische Kalaschnikow bei sich hatte, und eröffnete das Feuer, bevor die beiden flüchteten.

Afzal wurde auf der Stelle erschossen. Haris Tariq Masih, Afzals Cousin, wurde in die Schulter geschossen, überlebte jedoch.

Afzals Beerdigung fand später am selben Tag statt, wie es in Pakistan üblich ist, nachdem die Obduktion abgeschlossen war.

Augenzeugen berichteten, dass Afzal ins Visier genommen worden war, weil er gegen Belästigungen durch Motorradfahrer protestiert hatte, die die Straße blockierten.

Laut Barnabas-Quellen sagten die Zeugen der Polizei, dass sie den Mörder identifizieren könnten, wenn sie ihn wieder sehen würden.

Sie hatten auch gesehen, wie der Schütze den Angestellten der Reifenwerkstatt mit vorgehaltener Waffe auf seinem Motorrad mitgenommen hatte. Nach einiger Zeit kehrte der Verdächtige mit dem Motorrad zurück, setzte den Angestellten der Reifenwerkstatt ab und fuhr davon.

Die Polizei befahl dem Reifenwerkstattmitarbeiter, sie zum Haus des mutmaßlichen Mörders zu führen. Die Polizei durchsuchte das Haus des Verdächtigen, doch dieser war an einen unbekanntem Ort geflohen. Die Polizei konnte ihn jedoch identifizieren. Die Polizei fügte Waqas' Namen zu ihrem ersten Informationsbericht hinzu und veröffentlichte ein Archivfoto von ihm.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/pakistani-christian-shot-dead-on-his-way-to-festival/>

Pakistan: Mordversuch an einem presbyterianischen Pastor

Islamabad (Fides) – Der presbyterianische Pastor Kamran Naz, der gestern, am 21. September, im Stadtteil Iqbal Town in Islamabad durch Schüsse verletzt wurde, hat den versuchten Mord wie durch ein Wunder überlebt. Wie die Fides aus lokalen Quellen und von Augenzeugen erfahren hat, war Pastor Kamran Naz am Sonntagmorgen gegen 7:00 Uhr auf dem Weg von Gujranwala (seinem Wohnort) nach Islamabad, um dort seinen üblichen Sonntagsgottesdienst zu halten. Er war in Begleitung seiner Mutter mit seinem Auto unterwegs, als er in der Nähe der Haltestelle Iqbal Town in Islamabad ankam, wo sich ihm zwei unbekannte junge Männer (im Alter von etwa 25 Jahren) auf einem Motorrad näherten. Einer der beiden zog eine Waffe und schoss auf den Pastor, wobei er ihn am rechten Bein verletzte. Dann feuerte er einen zweiten Schuss in Kopfhöhe ab, traf ihn jedoch nicht. Die Angreifer ergriffen anschließend die Flucht.

Einige Männer, die Zeugen des Vorfalls waren, brachten Pastor Kamran sofort zur Notaufnahme ins „Pakistan Institute of Medical Sciences“ und riefen die Polizei. Noch im Krankenhaus nahm ein Polizeibeamter aus Islamabad die Anzeige des Pastors gegen Unbekannt (First Information Report) wegen versuchten Mordes auf und leitete Ermittlungen ein. Der Pastor der presbyterianischen christlichen Gemeinde in Pakistan, hatte zuvor bereits mehrfach Morddrohungen erhalten, die er mehrmals auch der Polizei gemeldet hatte. Aufgrund dieser Situation sah er sich auch gezwungen, seinen Wohnsitz in Islamabad zu verlassen und aus Sicherheitsgründen mit seiner Familie nach Gujranwala zu ziehen. Zu den Vorwürfen, die ihm von seinen früheren Bedrohern gemacht wurden, gehörte unter anderem, dass er „unter afghanischen Flüchtlingen missioniere“.

„Gewalt, Belästigungen und gezielte Angriffe gegen christliche Führer sind zutiefst beunruhigend und in einer zivilisierten Gesellschaft inakzeptabel. Wir fordern den Bundesinnenminister auf, unverzüglich strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die Verantwortlichen festzunehmen und vor Gericht zu stellen“, so Pater Lazar Aslam (OFM Cap), Mitglied des „Komitees für den Frieden in Pakistan“ (Peace Committee of Pakistan), in dem sich christliche und muslimische Religionsführer zusammenschließen, gegenüber Fides zu dem Vorfall. „Wir verurteilen diesen Mordversuch aufs Schärfste und versprechen, ihn und seine Familie in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Wir werden weiterhin unsere Stimme gegen Gewalt und für die Menschenrechte aller Religionsgemeinschaften in Pakistan erheben“, erklären der Ordensmann stellvertretend für die Mitglieder des Komitees. Die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften fordern „mehr Schutz, insbesondere für Pastoren, Priester und andere christliche Führer in Pakistan“. „Es ist Aufgabe der Regierung, die Sicherheit religiöser Minderheiten zu gewährleisten“, betont er und fordert „Gerechtigkeit, Würde und Sicherheit“.

Pater Aslam schließt mit den Worten: „Es muss gesagt werden, dass die christliche Gemeinschaft in Pakistan angesichts der Schwierigkeiten und Leiden weiterhin an der Hoffnung festhält, die Christus selbst ist, indem sie ihr Leben dem Herrn anvertraut, betet und sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzt. Die Widerstandsfähigkeit der Gläubigen ist ein Zeugnis des Glaubens, gleichzeitig hoffen wir, dass der Ruf nach Gerechtigkeit nicht ungehört bleibt.“

(PA) (Fides 22/9/2025)

Russland: Aus dem Dienst eines Pastors

(Licht im Osten) Pastor M. schreibt über seinen Dienst: „Wir dienen nach wie vor in Pensa. Wir sind 2019 hierhergekommen und haben diesen Sommer das sechsjährige Jubiläum unseres Aufenthalts hier gefeiert. Gott ermöglicht es uns, bei verschiedenen Diensten in der Verkündigung des Evangeliums mitzuarbeiten ... Im Jahr 2021 haben wir die erste Person getauft und 2024 gaben wir der Gemeinde den Namen ‚Deine Familie‘. In diesem Namen spiegeln sich sowohl der Sinn als auch die Vision für die weitere Arbeit wider. Wir boten Ehekurse an.“ **Bitte beten Sie**

. für Maxim und seine Familie um immer wieder neue Gelegenheiten, Menschen von dem Reichtum der Liebe Gottes in Christus zu erzählen.

. dass sie den Ehepaaren helfen können, ihr Ehe- und Familienleben nach den guten Wegweisungen des Wortes Gottes zu gestalten.

„Im Sommer 2025 organisierten wir eine dreitägige Gemeindefamilienfreizeit mit anschließender Taufe. Gott schenkte uns einen schönen Platz am Stausee des Sura-Flusses, der 40 Kilometer von der Stadt entfernt liegt. Der neue Ort inspirierte uns zu neuen Ideen und Aktivitäten. Als Freizeitthema wählten wir ‚Lebendige Bibel‘. Unser Ziel war es, zu zeigen, dass die Bibel Gottes Wort ist und man einen Schlüssel braucht, um sie zu lesen. Der erste Schlüssel ist der Glaube an Gott. Der zweite Schlüssel ist anzuerkennen, dass Gott durch die Bibel zu uns spricht. Es gab separate Treffen für Erwachsene und Kinder ... Der Höhepunkt der Freizeit war der Sonntagsgottesdienst mit Taufe. Ein junges Mädchen namens Vika ließ sich taufen. Ihr Leben war sehr schwierig gewesen. Sie hatte ihre Eltern verloren, als sie noch ein Teenager war. Sie wurde von ihrer Großmutter großgezogen. Da Vika sehr gut Englisch spricht, hörte sie sich immer wieder Beiträge englischsprachiger Gläubiger im Internet an. Dabei sprach Gott zu ihr und offenbarte sich ihr. Sie kam zufällig in unsere Gemeinde, da sie Deutsch mit einer der Schwestern aus der Gemeinde lernte. Als Vika vor einem Jahr zum ersten Mal in die Gemeinde kam, war sofort zu merken, dass Gott schon lange zu ihr gesprochen hatte. Sie bekehrte sich und besuchte gern die Jugendtreffen. Sie absolvierte einen Taufkurs und wurde schließlich am 13. Juli getauft.“

. Danken Sie mit uns für dieses wunderbare Ereignis.

. Bitte beten Sie für Vika, dass ihr Glaube gestärkt wird und sie zum Segen für viele Menschen sein darf.

„Gott fügt der Gemeinde gerettete Menschen hinzu. Zum Sonntagsgottesdienst stieg die Zahl unserer Freizeiteilnehmer drastisch auf 32 an. Es waren auch Ungläubige dabei, und wir glauben fest daran, dass Gottes

Wort in ihre Herzen eingepflanzt wurde.“ **Bitte beten Sie,**

. dass alle Freizeiteilnehmer nun auch weiterhin in ihrem Alltag von Christus erfahren, dass sie in Gottes Wort lesen und es verstehen.

. dass viele von ihnen Jesus als ihren persönlichen Erretter annehmen.

Sudan: Zwölf Millionen Vertriebene

Eine der schlimmsten humanitären Krisen des 21. Jahrhunderts

Khartum (Fides) – Direkte Angriffe auf Zivilisten, Massenvertreibungen, sexuelle Übergriffe, Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und Zusammenbruch der Grundversorgung prägen weiterhin das Bild eines Sudan, der von schweren Menschenrechtsverletzungen erschüttert ist.

„Im August 2025 kam es insbesondere in Darfur zu einer Welle von Verstößen verschiedener Art gegen Zivilisten“, heißt es im jüngsten Bericht des „African Centre for Justice and Peace Studies“ (ACJPS) zur Menschenrechtslage im Sudan.

„Diese Angriffe führten zu Massenvertreibungen, wobei Zivilisten Schwierigkeiten hatten, sichere Korridore zu erreichen. Darüber hinaus sahen sie sich mit einer Gesundheitskatastrophe konfrontiert, da die Gesundheitsversorgung fast vollständig zusammengebrochen war. Die Art der Verstöße deutet darauf hin, dass sie systematisch sind und mit der ethnischen, politischen und geografischen Zugehörigkeit zusammenhängen“, heißt es in dem Dokument. „Ohne wirksame Maßnahmen werden Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit weiter zunehmen. Die aktuellen Verstöße beschränken sich nicht nur auf direkte Tötungen, sondern umfassen auch Strategien wie Aushungern, Massenterror, Zwangsvertreibungen und systematische Vergewaltigungen.“

In den letzten Wochen haben die Rapid Support Forces (RSF), die einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Armee führen, ihre Angriffe auf El Fasher, die letzte wichtige Stadt in der Region Darfur, die noch von der Armee kontrolliert wird, intensiviert. Der Bürgerkrieg im Sudan begann im April 2023, und seitdem haben die Kämpfe und Angriffe 12 Millionen Menschen (von etwa 50 Millionen Einwohnern) vertrieben, mindestens 150.000 Tote gefordert und zu einer der schlimmsten humanitären Krisen des 21. Jahrhunderts geführt.

Im März dieses Jahres gelang es der Armee, die Hauptstadt Khartum zurückzuerobern, die zwei Jahre lang belagert und zwischen den beiden Fraktionen aufgeteilt war. Im April töteten Milizionäre mehr als 1.500 Menschen bei einem brutalen Angriff auf das Flüchtlingslager Zamzam in Darfur (vgl. Fides 14/4/2025): eines der schlimmsten Massaker seit Beginn des Krieges, das mehr als eine halbe Million Menschen dazu veranlasste, die Region zu verlassen und nach El Fasher zu fliehen, wo es an allem mangelt.

(AP) (Fides 19/9/2025)

USA: Trauerfeier für Charlie Kirk

Liebe statt Gewalt - Hunderttausende nahmen in einem Football-Stadion Abschied

Glendale (IDEA) – Elf Tage nach dem tödlichen [Attentat](#) auf den konservativen US-Aktivisten Charlie Kirk haben rund 70.000 Menschen bei einer Trauerfeier im Bundesstaat Arizona an den prominenten Christen erinnert. Die Veranstaltung fand im American-Football-Stadion des NFL-Teams Arizona Cardinals in Glendale statt. 100.000 Menschen verfolgten die Feier auf Großleinwänden außerhalb. Neben Lobpreismusik von christlichen Sängern wie Michael W. Smith (Nashville, Bundesstaat Tennessee) und Phil Wickham (San Diego, Bundesstaat Kalifornien) hielten unter anderem der US-Präsident Donald Trump und sein Vize, JD Vance, eine Rede. Die Sicherheitsvorkehrungen galten als außergewöhnlich hoch.

Erika Kirk: Erweckung nach dem Attentat

Die Witwe des Getöteten, Erika Kirk (Phoenix, Bundesstaat Arizona), schilderte in ihrer Rede den Moment, als sie ihren Mann am Abend des 10. September im Krankenhaus in Utah wiedersah. „Ich war schockiert. Ich war entsetzt. Und ich verspürte einen Schmerz in meinem Herzen, von dem ich nicht einmal wusste, dass er existierte“, sagte sie. Trotz des Schmerzes habe sie in seinem Gesicht ein „ganz leichtes Lächeln“ gesehen. In dem Moment habe sie gewusst, dass ihr Mann nicht gelitten habe. Das bestätigte ihr auch ein Arzt. Ihr Mann sei gestorben, während er das tat, was ihm am wichtigsten war: „Er diskutierte und debattierte auf dem Campus, kämpfte für das Evangelium und die Wahrheit vor einer großen Menschenmenge. Dann blinzelte er und sah seinen Retter im Himmel.“ Erika Kirk sprach von einer „Erweckung“, die auf das Attentat gefolgt sei. Es habe keine Gewalt gegeben. Stattdessen hätten viele Menschen zum ersten Mal seit Jahren wieder eine Bibel aufgeschlagen, gebetet oder einen Gottesdienst besucht. Christen forderte sie auf, die Neu-Gläubigen zu begleiten: „Bewässert den Samen ihres Glaubens. Schützt ihn und helft ihm zu wachsen.“

Neue Leiterin von „Turning Point USA“

Ferner erinnerte Erika Kirk an die zentrale Mission ihres Ehemanns, der besonders junge, orientierungslose Männer erreichen wollte. Mit seiner Organisation „Turning Point USA“ (Wendepunkt USA) habe er sich gezielt an diejenigen gewandt, die keinen Halt, keinen Glauben und keinen Lebenssinn mehr sahen. Kirk habe ihnen auf dem Campus einen besseren Weg und ein neues Leben aufzeigen wollen – eine Alternative zu Wut, Hass und Resignation. Er habe junge Männer retten wollen, „genau wie der, der ihm das Leben genommen hat“, so Erika Kirk. Über den Mörder ihres Mannes sagte sie: „Ich vergebe ihm, weil es das war, was Christus getan hat und was Charlie tun würde.“ Die Antwort auf Hass sei nicht Hass, sondern Liebe: „Liebe für unsere Feinde und Liebe für diejenigen, die uns verfolgen.“ Als neue CEO von Turning Point USA werde sie die Arbeit ihres verstorbenen Ehemanns fortsetzen. Sie betonte die Bedeutung der Organisation für junge Menschen. Sie kündigte an, die Reichweite und Wirkung der Organisation deutlich zu vergrößern: Bestehende Ortsgruppen sollen wachsen, Tausende neue Gruppen seien geplant, Debattierunden an US-Universitäten werden auch in Zukunft stattfinden. „Seine Leidenschaft war meine Leidenschaft, und jetzt ist seine Mission meine Mission“, so Erika Kirk. Sie betonte: „Kein Attentäter wird uns jemals davon abhalten, für diese Rechte einzustehen, niemals.“ Sie warnte davor, dass das Ende von Austausch und Gespräch gefährliche Folgen habe: „Wenn wir die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Kommunikation verlieren, kommt es zu Gewalt.“

Turek: Gott lässt „Wellen des Guten“ entstehen

Der christliche Apologet und Redner Frank Turek (Matthews, Bundesstaat North Carolina) schilderte, wie er den tödlichen Angriff auf Kirk erlebte. Als der Schuss fiel, habe Turek nur wenige Meter von ihm entfernt gestanden. Kirk habe keinen Schmerz gespürt, sondern sei sofort tot gewesen, so Turek. „Wir taten alles, was wir konnten, um Charlie zu retten. Aber Charlie war schon gegangen.“ Der Apologet betonte die christliche Hoffnung, die Kirk geteilt habe: „Charlie wusste, dass es im Leben nicht nur um Geld, Sex, Macht oder Ansehen geht. Er wusste, dass der Sinn des Lebens ist, Jesus zu kennen und ihn bekannt zu machen.“ Kirk sei jetzt im Himmel. Nicht weil er ein guter Mensch gewesen sei oder weil er „sich für seinen Retter aufopferte“, sondern „weil sein Retter sich für ihn aufopferte“. Gott lasse auch durch Böses „Wellen des Guten“ entstehen, sagte Turek weiter. Mit Blick auf „Turning Point USA“ sagte er, ein Martyrium könne diese Bewegung nicht stoppen. Turek war ein geistlicher Mentor von Kirk.

Vance: Jesus Christus ist „König der Könige“

US-Vizepräsident JD Vance sagte, für Charlie Kirk sei die wichtigste aller Wahrheiten gewesen, „dass Jesus Christus der König der Könige ist“. Sie habe im Zentrum seines Denkens gestanden. Das habe er nicht nur öffentlich verkündet, sondern auch vorgelebt. „Charlie hatte verstanden, dass die beste Evangelisation nicht durch das geschieht, was du sagst, sondern dadurch, wie du dein Leben führst.“ Kirk habe sein Leben an christlichen Tugenden ausgerichtet. Er sei ein fleißiger Mensch mit einem guten Herzen und ein fürsorglicher, liebevoller Familienvater gewesen. „Charlie glaubte, dass wir alle Kinder Gottes sind und deshalb behandelte er jeden Menschen anständig.“ Deswegen habe er Meinungsverschiedenheiten auch nie als Schlachtfelder, sondern immer als Stationen auf einem gemeinsamen Weg gesehen.

Trump: „Ich kann noch nicht vergeben“

US-Präsident Donald Trump würdigte das Lebenswerk des konservativen Aktivisten als einzigartige Verbindung von politischem Engagement und geistlicher Erweckung. Kirk habe junge Menschen für christliche Werte begeistert und sich dafür eingesetzt, die Religion in die amerikanische Gesellschaft zurückzubringen. „Charlie war überzeugt, dass wir nicht nur eine politische Neuausrichtung, sondern auch eine spirituelle Wiedererweckung brauchen“, sagte Trump. „Wir wollen Gott zurück!“ Ohne Glauben, Gesetz und Ordnung, so Kirk, könne ein Land nicht bestehen. Gleichzeitig betonte Trump einen markanten Unterschied zwischen sich und Kirk: Während der Aktivist seine Gegner nie gehasst habe, sondern stets versucht habe, sie für das Gute zu gewinnen, gebe er selbst offen zu: „Ich hasse meine Gegner. Ich kann ihnen nicht vergeben – noch nicht, so wie es Erika getan hat.“ Kirks Witwe zeige hingegen, was christliche Vergebung bedeute, und verkörpere damit das Herzstück von Kirks Botschaft. Vielleicht könne sie ihn davon überzeugen, dass das falsch sei, so Trump weiter. „Charlie wollte das Beste für seine Gegner. Ich will das nicht“, erklärte der Präsident. Kirk schaue jetzt sicher „wütend nach unten. Er ist jetzt wütend auf mich. Er war nicht daran interessiert, irgendjemanden zu verteufeln“, sondern daran, alle von den Ideen und Prinzipien zu überzeugen, die er für gut, richtig und wahr gehalten habe. Trump hob zudem die weltweite Wirkung von Kirks Leben hervor. In den Tagen nach seinem Tod hätten Menschen in Calgary, Seoul, Berlin, Warschau, Sydney, Madrid, London, Tel Aviv und vielen weiteren Städten auf der ganzen Welt gebetet, gesungen und Schilder mit seinem Namen erhoben. Man habe sehen können, „wie sein Vermächtnis Millionen Menschen auf der ganzen Welt bewegt hat“.

Vietnam: Behörden schikanieren weiterhin Hauskirchen

International Christian Concern – Laut Boat People SOS (BPSOS) schikanieren die vietnamesischen Behörden weiterhin Mitglieder nicht registrierter Hauskirchen der Montagnards.

Die Behörden verstärkten im August und September die Überwachung dieser Gläubigen, nachdem mehrere Hauskirchen in der Provinz Dak Lak am 22. August den Internationalen Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalt aufgrund von Religion oder Weltanschauung begangen hatten.

Diese Gläubigen weigerten sich auch, der von der Regierung gegründeten Evangelischen Kirche Vietnams-Süd beizutreten, erklärte BPSOS in einem Brief an den Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit beim Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte in Genf, Schweiz.

Die Schikanen begannen am 5. August gegen 17 Uhr, als ein Polizeibeamter das Haus des Evangelisten Y Hem Mlô von der Good News Mission Church im Dorf Krông Buk aufsuchte.

Wie die anderen Pastoren und Evangelisten, die die Polizei bis Anfang September aufsuchte, wurde auch Y Hem Mlô wegen der Teilnahme seiner Kirche an der Feier befragt. Nachdem er dem Beamten mitgeteilt hatte, dass sich 30 Personen in seinem Haus zum Gottesdienst versammelt hatten, erklärte der Beamte Y Hem Mlô, dass die Gottesdienste eingestellt werden müssten.

„Die Regierung hat den Anhängern der Good News Mission Church nicht gestattet, in Ihrem Haus Gottesdienste abzuhalten“, sagte der Beamte. „Nur diejenigen, die mit Ihnen zusammenleben, dürfen dies tun.“

Insgesamt besuchte und verhörte die Polizei etwa 10 Pastoren und Evangelisten, die mit der internationalen Feier in Verbindung standen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Weltweit: 41.000 Angriffe auf Bildungseinrichtungen im Jahr 2024

Wenn die Schule zu einem Ort des Schreckens wird

(Von Cosimo Graziani für fides)

Von Jahr zu Jahr verschärft sich das Massaker an Kindern, die in der Schule getötet werden. In Afrika, im Herzen Europas, im Nahen Osten, der von der Tragödie in Gaza geprägt ist, wie auch in den Vereinigten Staaten, wo es mittlerweile Dutzende von „Columbine High Schools“ (Schauplatz des Massakers von 1999, das damals das kollektive Gedächtnis prägte, Anm.d.Red) gibt.

Die von den Vereinten Nationen veröffentlichten Daten sprechen eine klare Sprache: Im Jahr 2024 gab es mehr als 41.000 Angriffe auf Schüler und Schülerinnen. Relativ gesehen ist das ein Anstieg von 44 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2025 gab es Vorfälle in Tampere, Finnland, im Mai; in Graz, Österreich, im Juni; im April in Nantes, Frankreich. In Texas am 15. April in Dallas und am 10. Juni in Uvalde (allein hier waren 19 Kinder die Opfer). In Minneapolis wurden am 27. August weitere Kinder in einer katholischen Schule getötet.

Über das Phänomen berichten die globalen Medien, wenn es reiche Länder betrifft, aber in Wirklichkeit ist es in abgelegenen Gebieten und Kriegsgebieten noch verheerender und weiter verbreitet.

Nach Angaben der Vereinten Nationen anlässlich des Internationalen Tages zum Schutz der Bildung sind die am stärksten betroffenen Gebiete die besetzten palästinensischen Gebiete, insbesondere der Gazastreifen, gefolgt von der Demokratischen Republik Kongo, Somalia, Nigeria und Haiti. Hier wie auch anderswo nehmen alle Formen sexueller Gewalt gegen junge Frauen und Kinder zu. Ebenso „alarmierend“ ist laut den Vereinten Nationen die Zunahme der Brutalität, die andere Arten von Verbrechen kennzeichnet, wie die Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten im schulpflichtigen Alter.

In der Ukraine haben fünf Millionen Kinder Schwierigkeiten beim Zugang zu Bildung. Rund 115.000 Kinder haben nicht einmal mehr die Möglichkeit, ein Buch aufzuschlagen. Fast 2.000 Schulen wurden zerstört, und 400.000 Jungen und Mädchen sind auf Fernunterricht angewiesen, sofern die Internetverbindungen funktionieren. Fast ebenso viele Jugendliche und Lehrkräfte konnten die Hilfe der UNO in Anspruch nehmen, um den Unterricht fortzusetzen, insbesondere in den Regionen, in denen die Kriegshandlungen am intensivsten sind.

In Gaza verschärft sich die tragische Lage zunehmend: Mehr als zwei Millionen Menschen sind durch israelische Angriffe vertrieben worden, und 660.000 Kinder sind ihres Rechts auf Bildung beraubt. Tausende und Abertausende sind ihres Rechts auf Leben beraubt, und Schulgebäude, die zu Notunterkünften umfunktioniert wurden, verwandeln sich oft in Todesfallen.

Im vergangenen Mai trafen Bomben die Fahmi Al-Jirjawi-Schule. Bilanz: 50 Tote.

„Kein Kind sollte sein Leben riskieren müssen, um zu lernen“, schrieb der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, in einer Botschaft anlässlich des Tages zum Schutz der Bildung: „Der Stift, das Klassenzimmer und das Buch sind und bleiben stärker als das Schwert.“

Ein besonderer Gedanke gilt den Opfern des Anschlags auf eine Schule in Orebro in Schweden am 25. Februar dieses Jahres. Es waren alles Erwachsene, alles Einwanderer. Sie waren zur Schule zurückgekehrt, um sich zu integrieren und in Frieden in einem Land zu leben, das bereit war, sie aufzunehmen.

(Fides 23/9/2025)

Zentralasien: Strafe für Evangelisation

(Licht im Osten) Eine Glaubensschwester berichtet: „Ich bin kürzlich aus Zentralasien zurückgekehrt, wo ich knapp einen Monat lang gewesen bin. In Usbekistan und Kasachstan hatte ich die Möglichkeit, von Gott zu erzählen und Bibelkurse zu halten. Das ist für die Christen und insbesondere für die Neubekehrten sehr wichtig, um ihren Glauben an unseren Herrn Jesus Christus zu festigen.“

. Danken Sie mit uns dafür, dass die Neubekehrten eine Stärkung ihres Glaubens erfahren haben, und beten wir für sie, dass der Herr sie bei ihm bewahrt.

„Die Situation in Usbekistan ist unterschiedlich. Einerseits scheint es mehr Freiheit zu geben, andererseits bleibt das Verbot der Evangelisation weiterhin in Kraft. So wurde Pastor Nurlan (Name geändert) wegen Evangelisation vor Gericht geladen. Er legte dem Gericht ein Attest über seinen hohen Blutzucker vor und erklärte, dass er Insulin nimmt. Die Strafe für Evangelisation beträgt zwischen 20 und 80 Monatsgehältern. Als der Richter das Attest sah, fragte er den Pastor, wie viel er zahlen könne. Der Pastor antwortete, er habe kein Geld, da er Rentner sei, er sei jedoch bereit, eine Monatsrente zu zahlen. Der Richter schwieg lange, dann verhängte er eine Strafe in Höhe einer Monatsrente. Der Pastor jubelte regelrecht darüber, so glimpflich davongekommen zu sein – ohne Gerichtsprozess und ohne hohe Geldstrafe. Einen Monat lang von Brot und Wasser zu leben, sei halb so schlimm.“

. Danken Sie mit uns für diese Bewahrung.

. Beten Sie für den Richter, dass Gott ihn für dieses milde Urteil segnet und ihn finden lässt. „Die Behörden haben kein Interesse daran, neue Gemeinden zu registrieren. So wurde innerhalb von zwei Jahren nur eine einzige Gemeinde registriert. Dafür gibt es einen starken Zuwachs an Moscheen. Während Moscheen früher für 200 bis maximal 300 Personen gebaut wurden, entstehen heute riesige Moscheen für 10.000 bis 13.000 Personen.“

Bitte beten Sie

. „für die Möglichkeit, die Gemeinden in Zentralasien zu registrieren“. „Eine Teilnehmerin meines Bibelkurses, die Tadschikin Lola, glaubt aufrichtig und tief an Jesus. Ihr Bruder ist jedoch ein glühender Moslem. Die beiden sind intelligent und gebildet und führen gesittete Diskussionen, ohne dabei zu Handgreiflichkeiten oder Messerstechereien zu greifen. Gott sei Dank gibt es auch solche Menschen. Lola versucht, ihren Bruder davon zu überzeugen, Christus als Erlöser anzunehmen. Ihr Bruder wiederum versucht, seine Schwester davon zu überzeugen, den, wahren Glauben ihrer Väter' nicht zu verraten. Schließlich beschlossen sie, die Streitgespräche einzustellen und stattdessen zu beten. Einfach gemeinsam zu beten. Und nun knien sie abends nebeneinander auf einem Teppich und beten. Lola betet, dass ihr Bruder Buße tut und an Isa Masih, den Erlöser, und sein großes Opfer und seine große Vergebung glaubt. Ihr Bruder betet, dass seine Schwester zur Vernunft kommt und zum Islam zurückkehrt. Stellen Sie sich dieses bizarre Bild vor. Was wohl passiert, wenn diese beiden Gebete im Äther aufeinandertreffen? Wer geht als Sieger hervor? Lola glaubt, dass Jesus siegen wird – und wir glauben es auch, liebe Freunde.

. Lassen Sie uns für Lolas Bruder beten.“

„Leider kommt es auch immer wieder zu Konfrontationen. Bei einem Hausgottesdienst war eine Frau anwesend, die mit der Frau des Mullahs befreundet war. Der Gottesdienst gefiel ihr so gut, dass sie voller Begeisterung alles der Frau des Mullahs erzählte. Daraufhin versammelte der Mullah die Vertreter der örtlichen Verwaltung (Mahalla) und drang mit ihnen als große, streitlustige Gruppe in das Haus der Gläubigen ein. Es gab ein heftiges Donnerwetter mit lauten Drohungen. An diesem Abend war ein sehr alter christusgläubiger Aksakal im Gottesdienst anwesend. Als Aksakale werden in der zentralasiatischen und kaukasischen Tradition angesehene alte Männer bezeichnet. Ihm gelang es, die Gemüter zu beruhigen. Alle aufgebracht Unruhestifter zogen sich beschämt zurück.“

Bitte beten Sie dafür,

. dass unser Herr gerade auch die Herzen von Aksakalen erreicht, damit sie zum Glauben an Christus finden und dann als ein besonderes Zeugnis für Christus und zum Schutz von Christen in ihrer Umgebung dienen können. „Vielen Dank, liebe Freunde, für Ihre Gebete für meine ältere Schwester Sura, die an Krebs im Stadium III erkrankt ist. Es sind nun zwei Jahre seit der Chemotherapie und der Operation vergangen, und der Krebs ist nicht wieder ausgebrochen. Gott sei Dank.

. **Bitte beten Sie weiter für sie.“**

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]